Nr. 601. 39. Jahrgang. Abend-Ausgabe. Sonnabend, 26. November 1910

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Reichstagsdebatte über die Kaiserrede.

Man nennt's ja wohl einen „großen Tag". Ob er's wird? Der äußere Apparat ist bei Eröffnung der Sitzung keineswegs so komplett wie vor zwei Jahren. Das Haus weist Lücken auf. Die Tribünen sind besetzt, aber von drangvoll fürchterlicher Enge ist nichts zu spüren. Und auf den Bänken des Bundesrats, welch dürftige, welch farblose Besetzung! Zwar der Reichskanzler ist zur Stelle und er ist auch bereit, die Interpellation — deren Gegenstand die Tagesordnung schamhaft verschweigt — zu beantworten. Aber der Kanzler heißt nicht mehr Bülow, und der war, trotz Reinhardt, des Deutschen Reiches erster Regisseur.

Aber es wäre falsch, die Bedeutung jener ersten Novemberdebatten nur in der von kluger Hand geordneten äußeren Aufmachung zu suchen. Jenen Tagen wohnte wirklich ein Zug von Größe inne. Das machte, der Reichstag hatte sich zum ersten Male als Körperschaft, erfüllt vom Gefühle seiner verfassungsmäßigen Souveränität, emporgereckt. Er war dem Träger der erblichen Souveränität gegenübergetreten als der Träger eines einheitlichen Willens. Und der Kaiser hatte Wunsch und Willen des Volkes, wie er ihm durch das berufene Medium des Reichstags übermittelt wurde, zu respektieren versprochen. Das ist erst unter dem neuen Reichskanzler wieder anders geworden. Denn wie man auch über den Inhalt der Königsberger Rede denken mag: daß sie jenes Versprechen vom November 1908 durchbricht, darüber herrscht im Volk wie im Reichstage ernstlich wohl keinerlei Verschiedenheit der Meinung.

Namens der interpellierenden Sozialdemokratie begründet Ledebour die Anfrage. Die Sitzreihen im Saale sind immer noch gut zur Hälfte leer. Auf der Empore des Bundesrats, wo sich an solchen Tagen sonst Gehröcke und Uniformen in vier- und fünffacher Reihe drängten, sitzen in der ersten Bank wohlgezählte sechs Mann, dahinter noch einmal die Hälfte davon. Der Redner beginnt, in seiner pointiert-lehrhaften Weise, ruhig und sachlich, verspricht aber, gründlich zu werden. Mit dem ausgestreckten Zeigefinger unterstreicht er scharf und kurz die Kernworte. Mit Nachdruck ruht seine Stimme auf der Versicherung des Kaisers, sich sogar in Privatgesprächen politischer Anspielungen enthalten zu wollen. Das Haus hört diesen historischen Reminiszenzen gelassen, aber aufmerksam zu.

Es wird erst etwas lebhafter — und der Redner wird es auch — als er die Stellung des Kaisers zur Frauenfrage kritisiert und die Erhöhung der Zivilliste zur herrschenden Teuerung in Gegensatz stellt. Aber im Zentrum und auf der Rechten herrscht anscheinend die stille Parole, sich nicht provozieren zu lassen.

Der Redner versucht die Geister etwas stärker zu beschwören und wirft den Namen Tolstoi in die Debatte. Aber die großen Namen der Menschheitsgeschichte wecken im Deutschen Reichstage kein Echo. Der Redner versucht es mit der Anspielung einer einzelnen Partei und zitiert „den ehemaligen nationalliberalen Abgeordneten Kulemann", dessen Ausführungen zur Königsberger Rede wir im Morgenblatte gebracht hatten. Er drückt den innigen Wunsch aus, daß der Redner der Nationalliberalen Herrn Kulemann später nicht dementieren möchte; Herr Bassermann erhebt sich, macht ein paar Schritte in den Saal hinein und streicht sich seufzend mit der Hand über die heiße Stirn. Aber auch die Nationalliberalen lassen sich zu keinerlei Stimmungsäußerung fortreißen.

So wendet sich Herr Ledebour, an dem ja ein Staatsanwalt verloren gegangen ist, endlich direkt an „den Angeklagten". Herr v. Bethmann sitzt still und in sich gekehrt auf seinem Eckplatz — sein Vorgänger hätte sicher schon dreimal mehr demonstrativ als anmutig gegähnt —, macht sich dann und wann ein paar Notizen und blickt bisweilen mit sicher erstaunten Augen ein wenig im Saale umher, als hätte er sich die Sache eigentlich anders vorgestellt. Indem der Redner zur Beuroner Kaiserrede übergeht, apostrophiert er das Zentrum. Die Mitte ist noch am dichtesten besetzt, aber auch sie reagiert nicht. Die Feststellung, daß der Kaiser um die Bundesgenossenschaft der Mönchsorden geworben habe, als Stützen für seine Autorität, hätte unter anderen Umständen ein „hört, hört" oder „sehr richtig" über manche Lippe gedrängt. Aber ein jeder fürchtet sich anscheinend, den von der Fraktionsleitung verhängten Bann zu brechen, und versagt sich Aeußerungen der Zustimmung auch da, wo sie naturgemäß wären.

Und dann windet der Redner seiner Rede Blütenband um die Herren v. Bethmann, v. Heydebrand und Pachnicke und fordert sie freundlich auf, Wilhelm II. an die Spitze zu stellen und unter seiner Führung Sammlungspolitik zu treiben. Auch den Nationalliberalen — die den Verdacht, den Parlamentarismus je gewollt zu haben, so himmelweit von sich weisen — empfiehlt er den Beitritt. Man lärmt und lacht ein wenig durcheinander, man ruft auf der Rechten „hört, hört", als der Redner rötliche Zukunftsbilder an die Wand malt, — aber ohne irgend welchen aufregenden Zwischenfall geht die Rede zu Ende.

Und dann erhebt sich Herr v. Bethmann und das Haus füllt sich etwas besser. Es scheint, daß er auf eine weit aggressivere sozialdemokratische Rede präpariert war. Da die ausblieb, klammert er sich an die etwas lebhafteren Schlußwendungen des sozialdemokratischen Redners und macht die überraschende Feststellung, die Sozialdemokratie habe nunmehr „ihre Endziele enthüllt". Da mit dieser Entdeckung ersichtlich nicht viel zu machen ist, geht er alsbald zum Gegenstande der Interpellation über. Sein kurze, kaum fünf Minuten dauernde Darlegung läßt sich in den Satz zusammenfassen: an Zusagen, die der Deutsche Kaiser gegeben hat, ist der König von Preußen nicht gebunden! Diese staatsrechtliche Auffassung will Herr v. Bethmann als getreuer Diener seines Herrn verfechten und damit verdient er sich den lauten Beifall der konservativ-klerikalen Mehrheit, in deren Namen und Auftrag er die Geschäfte führt.

Nachdem der Geschäftsführer der Mehrheit sich so aufs neue kurz und bündig der schwarzblauen Sammlungspolitik verpflichtet hat, kommen die eigentlichen Drahtzieher zu Worte. Herr v. Hertling, der große Zentrumsdiplomat, macht den Anfang. Seine Stimme bebt in monarchischem Hochgefühl und sittlicher Entrüstung. Er bestreitet der Interpellation jede Berechtigung und widerruft feierlich jeden Anteil seiner Partei an den Novemberdebatten von 1908 in dem Sinne, wie ihn damals jedermann aufgefaßt hat, der Augen hatte zu sehen und Ohren zu hören. Folgt ein begeisterter, historisch-staatsrechtlicher Kommentar zu jenen absolutistischen Auffassungen, die der Kaiser in Königsberg ausgesprochen hatte.

Die Meinung geht dahin, daß das Zentrum gern bereit sein wird, Wilhelm II. „aus eigenem Recht" regieren zu lassen — stillschweigend vorausgesetzt natürlich, daß er sich dabei auch vom Klerikalismus zur rechten Zeit die Hand führen lasse. Voll hoher Anerkennung ist Herr v. Hertling auch für des Kaisers Auffassung vom Gottesgnadentum, einschließlich der Mißachtung für „wechselnde Tagesmeinung". Als Mann, der Personen und Stimmungen zu wägen weiß, unterläßt es Herr v. Hertling nicht, einen mißbilligenden Seitenblick auf den Urheber des Wortes vom „ersten Diener des Staates" zu werfen. Herr v. Hertling hat die sehr richtige Empfindung, daß der Philosoph von Sanssouci sich der im Zentrum inkorporierten „göttlichen Führung" nun und nimmermehr anvertraut hätte. Nach solchen Kraftleistungen gönnt der Redner sich einige Erholung, indem er ein paar Stufen vom hohen diplomatischen Niveau heruntersteigt, und schimpft schlicht und grob auf „unreife Jungen", die sich frei zum Atheismus und Materialismus bekennen dürfen. Item: wenn Wilhelm II. einst von den „brandenburgischen Männern" forderte, ihm durch dick und dünn zu folgen, so empfiehlt sich das Zentrum derzeit für diese Rolle — wohlverstanden, solange es die Kursrichtung angeben darf.

Es liegt kein Grund vor, zu interpellieren, sagt Herr v. Bethmann. — Wie kann man nur! ruft voll Salbung und Abscheu Herr v. Hertling. — Die dritte, die „schneidige" Tonart, schlägt Herr v. Heydebrand an. — Interpellation? Von Partei ohne Vaterland und monarchischer Gesinnung? — Einfach unverschämt! — 1908? Novemberdebatten? — Versprechen nie gegeben. Basta. Sache damit für uns erledigt.

Der Rest ist eine Sammlungs- und Scharfmacherrede gewöhnlichen Schlages, die in den Ruf nach Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie ausklingt. Herr v. Heydebrand wendet sich direkt dem Reichskanzler zu, auf den er überdies noch mit ausgestrecktem Finger weist, und „erwartet", daß die Regierung auf diesem bedenklichen Wege gütigst vorangehe. Der Wert dieser Schlußtirade liegt darin, daß sie die Nationalliberalen vor die Entscheidung stellt, ob sie da mitmachen wollen oder nicht. Die Sachlage erfordert einen Diplomaten, und auch die Nationalliberalen verfügen ja über einen von bewährtem Ruf. Einerseits — so fährt Herr Bassermann nunmehr aus — hat Herr Heydebrand doch unrecht, wenn er den Anteil der Konservativen an den Debatten von 1908 so gering anschlägt; und Herr Bassermann verliest die „sorgenvolle" Erklärung des Ausschusses von damals. Andererseits aber — so fährt Herr Bassermann fort — hat auch Herr Ledebour unrecht, wenn er nicht einsieht, daß sich die Zeiten seit dem November 1908 — geändert haben! Wir sind halt aus der Richtung „Zick" wieder einmal in die Richtung „Zack" verfallen. Und es ist das „Kismet" eines nationalliberalen Parteiführers, dem „Rechnung zu tragen."

Eine matte Rechtfertigung der Frauenbewegung — eine akademische Erörterung des Gottesgnadenbegriffs — ein vertrauensvoller Ausblick zum Thron — eine ehrfurchtsvolle Wiederholung des Wunsches vom November 1908, der Kaiser möge mehr Zurückhaltung üben — und dann das immerhin bemerkenswerte Ersuchen an die Sozialdemokratie, ihre republikanischen und revolutionären Allüren abzulegen, dieweil das der Annäherung an bürgerliche Parteien unüberwindliche Schwierigkeiten mache. Die so sehr notwendige Absage an Herrn v. Heydebrands Sehnsucht nach Ausnahmegesetzen aber erwartet man von Herrn Bassermann vergebens.

Paul Harms.

* * *

Sitzungsbericht.

87. Sitzung, Sonnabend, den 26. November.

Am Tische des Bundesrats: Dr. v. Bethmann Hollweg, Dr. Delbrück, Kraetke, Lisco, Wahnschaffe, Richter.

Das Haus ist stark besetzt, die Tribüne gefüllt.

Die Interpellation der Sozialdemokraten lautet: „Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun in Ausführung der im November 1908 vom Fürsten Bülow als verantwortlichem Reichskanzler und zugleich im Namen des Kaisers dem Reichstage abgegebenen Erklärungen, die durchbrochen worden sind durch die in diesem Jahre in Königsberg i. Pr. und in anderen Orten vom Kaiser über seine staatsrechtliche Stellung abgegebenen Erklärungen?"

Reichskanzler **v. Bethmann Hollweg** erklärt sich bereit, die Interpellation sogleich zu beantworten.

Abg. **Ledebour** (Soz.):

Im November 1908 ergab sich eine seltene Uebereinstimmung im Reichstag. Einmütig wurde der tiefgehenden Entrüstung über jene Reden und ihre Veröffentlichung Ausdruck gegeben, ohne Ausnahme bei allen Parteien. Herr v. Heydebrand sagte damals: Die Erregung, die die Ereignisse auch in den Kreisen meiner politischen Freunde hervorgerufen haben, ist groß und nachhaltig. Man würde dieser Erregung nicht gerecht werden, wenn man sie lediglich auf die letzten Veröffentlichungen und Erscheinungen zurückführen würde. Man muß ganz offen aussprechen, daß es sich hier um eine Summe von Sorgen, von Bedenken und man kann wohl auch sagen, von Unmut handelt, der sich seit Jahren angesammelt hat — Unmut gerade in den Schichten, die als besonders patriotisch und königstreu angesehen werden. Das sagte Herr v. Heydebrand unter dem Beifall und „Hört, hört"-Rufen seiner Freunde. Differenzen zwischen den Parteien bestanden damals nur darüber, was zur Beruhigung des Volkes, zur Verhütung ähnlicher Vorgänge in der Zukunft zu geschehen habe. Auch auf bürgerlicher Seite verlangte man gesetzgeberische Maßnahmen, die eine derartige Betätigung des persönlichen Elements, eine derartige Schädigung der deutschen Politik verhindern könnten. Ein kleiner Teil des Hauses glaubte sich mit Erklärungen des Reichskanzlers und des Kaisers für die Zukunft begnügen zu können. Diese Erklärungen sind abgegeben worden. Wir Sozialdemokraten haben gar nichts dagegen, daß Kaiser Wilhelm II. sodiel redet wie er will, daß er über alle möglichen Gegenstände, von denen er etwas versteht oder etwas zu verstehen glaubt, sich ausspricht. Vom rein agitatorischen Standpunkt könnten wir nur wünschen, daß er möglichst viel redet; denn keiner unserer Gegner wirkt so zur Aufklärung des Volkes und zur Pflügung des Bodens, in dem der sozialdemokratische Samen hineingestreut wird. Wir verlangen, daß das ganze Volk die Möglichkeit erhält, sich gegen Angriffe des Kaisers in aller Oeffentlichkeit energisch zu wehren. Dieser Rechtszustand besteht noch nicht. Würde jemand die Angriffe des Kaisers mit gleicher Schärfe außerhalb des Hauses wiederholen, so würde man ihm bald einen Majestätsbeleidigungsprozeß an den Hals hängen. Das ist also ein Kampf mit ungleichen Waffen, den wir für unfair halten. Wir verlangen, daß gesetzgeberische Schranken dagegen errichtet werden, daß der Kaiser seine individuelle Auffassung über seine staatsrechtliche Stellung durch

selbstherrliche Eingriffe in die Politik

des Landes betätigt. Wir tun das im allgemeinen Interesse des deutschen Volkes, weil durch diese selbstherrlichen Eingriffe das Ansehen, die Ehre und die Sicherheit Deutschlands auf das schwerste gefährdet werden und auch bereits gefährdet worden sind. Niemand anders als Fürst Bülow hat an dieser Stelle jene Betätigung des Kaisers als ein Unglück bezeichnet. Und der Kaiser hat damals versprochen, auch in Privatgesprächen die nötige Zurückhaltung zu beobachten. „Wäre dem nicht so", erklärte Fürst Bülow, „so könnte weder ich, noch einer meiner Nachfolger, die Verantwortung tragen." Auch im „Reichsanzeiger" stand ausdrücklich, daß der Kaiser den Vortrag des Reichskanzlers darüber mit großem Ernst entgegennahm und seine Erklärungen ausdrücklich billigte. Damals hat der Kaiser das bindende Versprechen abgegeben, derartige Eingriffe in die Politik des Reiches, jede derartige Betätigung eines selbstherrlichen Regiments nicht zu wiederholen und sogar in Privatgesprächen über politische Dinge sich einer entsprechenden Zurückhaltung zu befleißigen. Damals glaubte die Mehrheit dieses Hauses und des Volkes, sich dabei beruhigen zu können. Anderthalb Jahre ist auch nichts geschehen. Auf einmal wurde es anders. Der Kaiser hat in Königsberg auf dem Fest der Provinz Ostpreußen eine feierliche Rede gehalten. Er erging sich zunächst, wie es bei ihm Brauch ist, in eine Verherrlichung von Mitgliedern seiner eigenen Familie. Auf diesen Familienkultus will ich nicht eingehen, ob er mit den historisch erwiesenen Tatsachen und dem guten Geschmack in Einklang steht. Der Kaiser sagte: Kaiser Wilhelm I. habe sich die Krone von Preußen aus eigenem Recht auf's Haupt gesetzt; und noch einmal bestimmt hervorgehoben, daß sie von Gottes Gnaden ihm verliehen sei und nicht vom Parlament, Volksversammlungen und Volksbeschlüssen, und daß er sich als

auserwähltes Instrument des Himmels

betrachte. (Ein Sozialdemokrat ruft: lächerlich!) Ohne Rücksichten auf Tagesansichten und Meinungen gehe er seinen Weg. Diese Sätze sind die offenkundige Verkündung und Betätigung des Gottesgnadentums und des persönlichen Regiments. (Sehr richtig! links.) Nur die konservative Presse hat das nicht anerkannt; bei ihr scheint heutigentags der männliche Geist, der damals die Rede des Herrn v. Heydebrand beseelte, vollständig verschwunden zu sein. Der Kaiser und sein Schildknappe, die „Deutsche Tageszeitung", hat unrecht, daß das Recht des Königs ausschließlich auf seinem persönlichen Verhältnis zu seinem Gott beruht. Das königliche Recht ist heute gebunden an verfassungsmäßige Bestimmungen. (Sehr richtig! links.) Auch schon die Erwerbung der preußischen Krone beruhte auf der Verletzung durch den damaligen römischen Kaiser deutscher Nation, erzielt durch alle Mittel höfischer Intrigue. Aber auch selbst wenn das eigene Recht der Hohenzollern bestanden hätte, so hat die Sache aufgehört 1848. Dann weiter die Auffassung des Kaisers über die Frauen! Etwas mehr sollte der Kaiser von der wirtschaftspolitischen Entwickelung des Vaterlandes doch kennen. Die Frauen werden heute zu Millionen hereingerissen in das Erwerbs- und Wirtschaftsleben der ganzen Nation, müssen in ihrem Tageskampf, in schwerer Arbeit für sich und ihre Kinder ihr Brot erwerben, unter viel ungünstigeren Verhältnissen als die Männer. Deshalb müssen sie sich im öffentlichen Leben und in wirtschaftlichen Organisationen betätigen. Das braucht die Frau nicht zu hindern, im Hause eine gute Mutter, gute Hausfrau und Erzieherin ihrer Kinder zu sein. Wir können das besser beurteilen als Sie und als der Kaiser, der durch die Höflingsbrille vom Leben des Volkes überhaupt nichts sieht. Welchen Eindruck muß es auf die Millionen von Frauen machen, wenn der Kaiser ihnen sagt, es komme heute nicht darauf an, sich auf Kosten der anderen auszuleben, während auf ihre Kosten infolge der Teuerung die Zivilliste um